

## Aufruf zum Ostermarsch 2010

### Atomwaffen abschaffen!

Vor einem Jahr gab US-Präsident Obama in Prag "ein Versprechen ab, eine Welt ohne Atomwaffen schaffen zu wollen" – ein Ziel, für das der Ostermarsch seit 50 Jahren kämpft. Doch obwohl Obama die Macht hat, ist nicht viel geschehen: Die Welt wird noch immer von 23000 Atomwaffen bedroht, von denen 8000 in „höchster Alarmbereitschaft“ stehen. Auch in Deutschland lagern (in der Eifel bei Büchel) Atomwaffen. Und während ständig über ein mögliches Atomwaffenprogramm des Iran geredet wird, meldet Anfang Februar die „International Business Times“, die US-Regierung wolle die Investitionen in das Atomwaffenarsenal in den nächsten 5 Jahren nahezu verdoppeln. **Es reicht also nicht, sich auf schöne Worte zu verlassen – wir müssen selber auf die Straße! Eines unserer Ziele heißt: Deutschland wird atomwaffenfrei – sofort!**

### Raus aus Afghanistan!

Seit über 8 Jahren kämpfen deutsche Soldaten in Afghanistan. Spätestens seit dem Bombenangriff im Herbst 2009

wurde deutlich, dass die Soldaten nicht zum Brunnen-Bohren, sondern zum Töten dort sind. Konsequenterweise fordert die übergroße Mehrheit der Deutschen den Rückzug der Truppen. Erfreulich waren hier die klaren Worte der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Käßmann, die in ihrer Neujahrpredigt sagte: *„Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, dass Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden.... Aber Waffen schaffen offensichtlich auch keinen Frieden in Afghanistan. Wir brauchen mehr Fantasie für den Frieden, für ganz andere Formen, Konflikte zu bewältigen.“*

Das alles ficht unsere schwarz-gelbe Bundesregierung nicht an, sie schickt noch einmal 850 Mann zusätzlich in den Krieg, den man jetzt auch offiziell so nennt – nicht, weil man aufhören will, die Menschen zu belügen, sondern um die Soldaten bei ihrem „Geschäft“ vor gerichtlicher Verfolgung zu schützen.

Jahrelang wurde verdrängt, was tatsächlich in Afghanistan geschieht. Da wurde gesagt, dass deutsche Soldaten in erster Linie beim Aufbau helfen. Doch jetzt kommt uns endlich zu Bewusstsein, dass es auch Tote gibt, wenn deutsche Soldaten zu Auseinandersetzungen ins Ausland gehen – und dass im Krieg auch immer Zivilisten zu Opfern werden.

Friedenssicherung ohne Waffen, etwa durch Mediation, durch Unterbrechen der Finanzströme durch eine Beendigung des Waffen- und Drogenhandels, der den Terror finanziert. Mir geht es darum, dass wir endlich auch Wege debattieren und finanzieren, wie Frieden ohne Waffen geschaffen werden kann. Da gibt es positive Beispiele, die aber von der Weltöffentlichkeit überhaupt nicht wahrgenommen werden.

ehem. EKD-Ratsvorsitzende Käßmann im Gespräch mit der hannoverschen allgemeinen Zeitung, 24.12.2009

Dass die Umsetzung moralphilosophischer Vorstellungen von "gerechten Kriegen" durch hochgerüstete westliche Armeen gescheitert ist, wird in Afghanistan mehr als deutlich. Interventionsarmeen sind zwar in der Lage, unliebsame Regime zu beseitigen, nicht jedoch Zivilgesellschaften zu errichten. Afghanistan durch die Verstärkung der Militärpräsenz zu "befrieden" ist also eine politische Illusion.

Der Islamwissenschaftler Christoph Burgmer am 13.12.2009 im Deutschlandfunk <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/essayunddiskurs/1086368/>

### Geld für die Menschen, nicht für Waffen!

Um Soldaten und Waffen schnell an alle möglichen Ecken der Welt zu schicken, haben die EU-Regierungen ein neues militärisches Großprojekt bestellt, den Airbus A400 M. Davon wollen sie 180 Maschinen haben, die Deutschen allein 60 – für „günstige“ 20 Milliarden. Dummerweise will die Firma EADS jetzt plötzlich noch mehr Geld – und da kommen die Regierungen dem Konzern entgegen und „retten“ das Projekt mit weiteren Milliarden. Ein „Argument“ sind dabei die Arbeitsplätze. Doch für 20 Milliarden könnte man jedem der Beschäftigten (es sollen bis zu 40000 sein) eine halbe Million

als Abfindung zahlen und auf den Kriegsflieger verzichten – das wäre mal ein Angebot! Das Geld für Aufrüstung und Kriegseinsätze fehlt natürlich den Menschen bei uns, es fehlt den Kommunen, es fehlt bei der Gesundheit, es fehlt für Soziales. Gespart werden soll bei denen, die schon am wenigsten haben. Damit die sich nicht wehren, bricht der Herr Westerwelle schnell mal eine Hetzkampagne gegen Hartz-IV-Bezieher los.

### **Friedliche Zusammenarbeit – keine neuen Feindbilder!**

Sein Parteifreund Niebel leitet das Entwicklungsministerium. Vor der Wahl hatte er noch getönt, das Ministerium müsse abgeschafft werden. Jetzt betreibt er die Militarisierung der Entwicklungshilfe: Er will Staatsgelder nur noch an Helfer vergeben, die mit der Bundeswehr kooperieren; als Chef der Abteilung für Afrika und Nahost hat er einen alten Weggefährten und Ex-Kommandeur des Panzerbataillons 33 in sein Ministerium geholt.

Der Afghanistan-Einsatz findet aber nicht nur fern von uns statt, er hat Auswirkungen bei uns vor Ort:

Wie der Textauszug unten zeigt, geht die Regierung davon aus, dass der Krieg zu einer Bedrohung auch im eigenen Land führt. Darauf will sie uns einstimmen. Direkt sichtbar wurde das bei der Übung „LÜKEX“, die Ende Januar auch in Gummersbach stattfand. Statt der üblichen Katastrophenszenarios (z.B. Brand oder Gasexplosion) wurde hier ein Terrorangriff auf ein Handballspiel simuliert. Solche Szenarien dienen vor allem zur psychologischen Vorbereitung und zum Einüben eines Feindbildes, das uns auch zum Verzicht auf Bürgerrechte bereit machen soll.

Die verstärkte Beteiligung am Krieg in Afghanistan reiht sich ein in ein Konzept der neuen Bundesregierung zur weiteren Militarisierung nach außen und nach innen. Dagegen müssen wir uns wehren!

**Frieden und Sicherheit haben sich noch nie in der Geschichte mit Gewalt erzwingen lassen! Rüstet endlich ab!**

### **Deshalb: Auch in diesem Jahr wieder zum Ostermarsch in Oberberg!**

Die allgemein anerkannten Bedrohungseinschätzungen, z. B. im Weißbuch der Bundeswehr, verdeutlichen, dass Deutschland nicht zuletzt auch aufgrund seines außenpolitischen, humanitären und militärischen Engagements Bestandteil eines weltweiten Gefahrenraumes ist und im Fokus des islamistischen Terrorismus steht. Einerseits hat sich die militärische Sicherheitslage Deutschlands mit Ende des Kalten Krieges deutlich verbessert, andererseits haben geopolitische Veränderungen zu neuen sicherheitspolitischen Instabilitäten, zu neuen Krisen und Konflikten sowie zum Wiederaufflammen von Krisen und Konflikten in schon bestehenden Krisengebieten geführt.

Nach wie vor gilt die Einschätzung, dass nach Auflösung der früheren bipolaren Ordnungsstruktur regionale und militärische Krisen und Konflikte ebenso wie nicht-militärische Risiken an Virulenz und Brisanz gewinnen.

Das Spektrum reicht von der innerstaatlichen Dimension sozialer, ethnischer, religiöser und ökonomischer Krisen über die regionale Dimension, die auch machtpolitische Faktoren, territoriale Ansprüche und Verteilungskämpfe umfasst, bis hin zur globalen Dimension des Wohlstands- und Entwicklungsgefälles sowie sich daraus ergebender demographischer, ökonomischer und ökologischer Entwicklungen.

... Der vorhandene Schutzraumbestand (ca. 2.000 Schutzräume) bietet heute keinen adäquaten Schutz mehr vor den aktuellen, durch das Fehlen langer Vorlaufzeiten charakterisierte Bedrohungsszenarien (v. a. Naturkatastrophen, Terroranschlag).

.... Stattdessen ist die Entwicklung moderner baulicher und technischer Schutzmaßnahmen für besonders risikobehaftete oder gefährdete Einrichtungen sowie die Sensibilisierung für einen ganzheitlichen Schutz der Bevölkerung, der auch baulich-technische Kernelemente enthält, dringend erforderlich.

*Quelle: Strategie für einen modernen Bevölkerungsschutz, (Herausgeber Bundesministerium des Inneren, April 2009) Seite 11 und Seite 13*